

Offener Brief ans Parlament

Putzbrunner Initiative schreibt an
Landtag und alle 29 Rathäuser

München/Putzbrunn – Die Bürgerinitiative „Putzbrunn – Ottobrunn (Bipo)“, die sich für eine „gerechte Verteilung“ von Asylbewerbern auf die Münchner Umlandgemeinden einsetzt, will ihr Anliegen jetzt an alle Landtagsabgeordneten übermitteln. Ein entsprechender „offener Brief“ soll in der kommenden Woche verschickt werden, teilte die Initiative am Freitag mit. Zudem will die Gruppe alle Bürgermeister der 29 Landkreiskommunen schriftlich darum bitten, die notwendigen Unterkünfte für dezentrale Unterbringung zu stellen.

Die Bürgerinitiative wehrt sich seit drei Wochen gegen die Errichtung eines Sammelquartiers für bis zu 120 Flüchtlinge auf einem kreiseigenen Grundstück in der Putzbrunner Waldkolonie. Indessen sieht das Landratsamt wegen der laufenden Zuweisungen der Regierung von Oberbayern keine andere Alternative. Behördenchefin Johanna Rumschöttel (SPD) hatte zuletzt erneut betont, dass sie die Gesetzesvorgaben vollziehen müsse. In ihrer neuesten Mitteilung zeigt sich die Bürgerinitiative hingegen überzeugt, „dass es „keine gesetzlich vorgeschriebenes Unterbringungsmodell für den Landkreis“ gebe. SMÜH

LESERBRIEFE

ASYLBEWERBER IN PUTZBRUNN

Lösung muss auch sachgerecht sein

Zur Diskussion über das für Putzbrunn geplante Asylbewerberheim:

Nun hat sich in Ottobrunn/Putzbrunn eine Bürgerinitiative gebildet, die statt eines Hauses für 120 Asylbewerber in Putzbrunn die Unterbringung der Menschen verteilt auf möglichst alle Gemeinden des Landkreises München fordert. Das klingt erst mal nach einem gerechten Ausgleich. Aber ist das auch sachgerecht?

Sollte der Landkreis handeln, wie die bayerische Staatsregierung, die es nicht schafft, ausreichend Asylbewerberunterkünfte zu schaffen – was ihre Aufgabe wäre – und diese Herausforderung einfach auf die Landkreise abschiebt. Kann der Landkreis das überhaupt tun? Die Antwort heißt: Nein, die Möglichkeit hat er nicht und es wäre auch nicht sinnvoll. Ich fürchte, die „Gleichverteiler“ haben überhaupt nicht verstanden, worum es hier geht.

Es geht um Menschen, die fragen, ob wir akzeptieren, dass sie hinfort bei uns leben dürfen. In dieser Situation geht es noch nicht um Integration. Denn für die meisten heißt die Antwort auf ihre Frage: Nein, ihr müsst unser Land wieder verlassen. In dieser Phase brauchen diese Personen außer einer menschenwürdigen Grundversorgung mit Wohnraum, Kleidung und Essen auch Betreuung, sprachlich, ärztlich, psychisch, ämtermäßig. Wenn man das dezentral organisieren will, wird es teuer. Wenn die Betreuung Aufgabe der Gemeinden wäre, würden sie selbst drüber nachdenken, wie man das gemeinsam möglichst günstig organisieren kann, Beispiel Schulzweckverbände. Aber es steht ja nach wie vor der Landkreis in der Pflicht. Da sollte der Bürger mehr Verständnis haben dass die Landrätin günstige, zentrale Lösungen sucht, jedenfalls für die Zeit des Asylverfahrens. Dass danach eine möglichst gleiche Verteilung der anerkannten Bewerber angestrebt wird, macht viel Sinn. Eine Gettoisierung sollte in der Phase der Integration unbedingt vermieden werden.

Rainer Gränzer
Neubiberg